



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG

EMISSIONSHANDEL UND ÖKOSTEUERN FÜR EFFEKTIVE KLIMAPOLITIK KOMBINIEREN!

Klimaschutz braucht sowohl Ökosteuern als auch Emissionshandel. Über fünfzig Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik loteten auf einem von Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) und Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) gemeinsam veranstalteten Workshop am 19.4.2002 in Hamburg aus, wie die Rollenverteilung für die beiden Instrumente aussehen kann. Vor dem Hintergrund des massiven Lobbyings einiger deutscher Industrieverbände gegen den Richtlinienentwurf der EU-Kommission zum Emissionshandel betonte Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz und Leiter des Schwerpunkts Internationale Klimapolitik am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, dass sich ein Emissionshandelssystem ohne weiteres mit einer Emissionsteuer verbinden lasse. Dann könne sich ein Unternehmen entscheiden, ob es am Emissionshandel teilnehme oder Steuer zahle. Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform, sah große Ähnlichkeiten zwischen der Ökosteuer und einem Versteigerungsmodell für Emissionsrechte. Demgegenüber bedeutete ein „Großvatermodell“ (mit kostenlos vergebenen Rechten der derzeitigen Emittenten) einen Verzicht auf die „Doppelte Dividende“. Der Staat sei dann nicht mehr in der Lage, belastete Branchen oder Konsumenten für zertifikatebedingte Preissteigerungen zu entschädigen. Zur Abdeckung von Regelungslücken der Ökosteuer kämen dennoch auch Emissionsrechte nach dem „Großvatermodell“ in Frage. Bei der Ökologischen Steuerreform sei man hinsichtlich konkreter Ausgestaltungsfragen wesentlich weiter als beim Emissionshandel; letzterer könne aber auf EU-Ebene im Gegensatz zur Steuer durch Mehrheitsbeschluss durchgesetzt werden.

Tilman Santarius vom Wuppertal-Institut schlug vor, Emissionsrechte kostenlos auszugeben, aber jährlich eine Steuer auf die Emissionsrechte zu erheben. Roland Geres von Future Camp stellte am Beispiel des Verkehrssektors ein Modell vor, wie ein Emissionsrechteland in die gleiche Richtung wie eine Steuer wirken kann, die Instrumente aber jeweils unterschiedliche Zielgruppen haben. Die derzeitige Klimavorsorgevereinbarung mit der deutschen Industrie könne laut Kai Schlegel-

Vorstand

Dr. Anselm Görres (Vorsitz)
Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch
(Stellvertretender Vorsitz)
Florian Prange M.Sc (Schatzmeister)
Dr. jur. Dörte Fouquet
Dipl.-Vw. Bettina Meyer
Dipl.-Pol. Martin Weiß

Geschäftsführung

Damian Ludewig
Andrea Sauer (in Elternzeit)
Sebastian Schmidt

Beirat des FÖS

Dr. Gerhard Berz
Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH
Dr. Martin Bursík, Vize-Premier, CZ
Prof. Dr. Frank Convery, IRE
Dr. Henner Ehringhaus, CH
Dr. Franz Fischler, EU-
Agrarkommissar a.D., AT
Josef Göppel, MdB
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH
Norbert Mann
Dr. Paul E. Metz, NL
Prof. Janet E. Milne, USA
Yannis D. Paleocrassas, GR
Prof. Dr. Albert J. Rädler
Christine Scheel, MdB
Matthias Max Schön
Prof. Dr. Ulrich Steger
Prof. Dr. Norbert Walter
Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker
Prof. Dr. Wolfgang Wiegand
Anders Wijkman MdEP, S
Dr. Angelika Zahrt

pm april 2002/04.08.2009

GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V. (FÖS)
Seestraße 116 · D-13353 Berlin · Fon/Fax +49-30-510 530-80/-79 · foes@foes.de · www.eco-tax.info
GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000
Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

milch vom Bundesumweltministerium als Basis für die Zuteilung und teilweise Versteigerung von Emissionsrechten dienen; Ermäßigungen bei der Ökosteuer könnten möglicherweise nur noch gewährt werden, wenn ein Unternehmen beim Emissionshandel teilnehme. Damit würde auch ein Anreiz zur Teilnahme der Industrie gegeben. Die allgemeine Diskussion konzentrierte sich auf die Durchsetzbarkeit klimapolitischer Instrumente. Es bestand Konsens, dass es keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen Emissionsrechtehandel und Ökologischer Steuerreform geben müsse und mit Hilfe des Emissionsrechtehandels "tote Winkel" der Umweltpolitik geschlossen werden könnten, die in der Vergangenheit entstanden sind.